ZUKUNFT DER SOZIALDEMOKRATIE 13.01.2020 | Nils Heisterhagen & Stefan Laurin

Es geht um die Industrie, Dummkopf!

Industriefeindliche Protestfreudigkeit, Ignoranz und Technikangst verdunkeln unsere Zukunftsaussichten. Wie sich jetzt umsteuern lässt.

Eine Strukturkrise hat die deutsche Industrie erfasst. Die Folgen werden alle zu spüren bekommen, denn die wirtschaftliche Leistungskraft der Industrie ist der Garant des Wohlstands und des sozialen Friedens in der Bundesrepublik.

Der Glaube, dass Deutschland schon lange kein Industrieland mehr sei und seinen zukünftigen Wohlstand vor allem in Dienstleistungen sehen müsse, wird sich bald als Illusion erweisen. Auch wenn die Zahl der Beschäftigten 2019 mit 45,3 Millionen einen historischen Höchststand erreichte, bahnt sich ein wirtschaftlicher Umbruch an, der wenig mit den konjunkturellen Schwankungen der vergangenen Jahrzehnte zu tun hat.

Seit Ende 2017 ist der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe in Deutschland um mehr als sieben Prozentpunkte gefallen. Im letzten November gingen die Auftragseingänge der Industrie im Vergleich zum Vorjahr um 6,5 Prozent zurück. Bosch will bis Ende 2022 2 000 Stellen abbauen, Thyssenkrupp 6 000, Daimler in den kommenden Jahren 10 000 und Audi 9 500. Allein durch Umstellungen der Automobilproduktion von Verbrennungs- auf Elektromotoren könnten nach einer Schätzung des Center of Automotive Research der Universität Duisburg-Essen bis 2030 über 230 000 Stellen bei Automobilherstellern und Zulieferern in Deutschland wegfallen. Laut einem aktuellen Bericht der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität (NPM), aus dem das *Handelsblatt* am Montag zitierte, seien bis zum Jahr 2030 sogar rund 410 000 Arbeitsplätze gefährdet.

Mit jedem Industriearbeitsplatz fällt ein Job weg, in dem deutlich besser als im Dienstleistungsbereich

Dabei ist noch gar nicht wirklich einkalkuliert, ob die Elektrobatterie-Strategie, die etwa VW forciert, überhaupt funktionieren wird. Japan setzt etwa fundamentaler auf Wasserstoff und in der letzten Konsequenz auch auf das Brennstoffzellenauto. Mit dem Toyota Mirai liegt nun erstmals ein bezahlbares

bezahlt wird.

Wasserstoffauto vor. Toyota kann sich offensichtlich noch leisten, mehrere parallele Entwicklungsstränge zu finanzieren. Die VW-Kernmarke scheint hingegen, finanziell gebeutelt durch ihren Dieselskandal, alles auf die Batteriekarte setzen zu wollen – und vielleicht finanziell auch setzen zu müssen. Einzig Audi soll für den VW-Konzern in Ingolstadt als Brennstoffzellenkompetenzzentrum auch Alternativen entwickeln. Man sieht: Im Autoland Deutschland herrscht große Verunsicherung. Und in der größten deutschen Industriebranche weiß man auch nicht so recht, wo der Weg in die Zukunft nun langgehen soll.

Auch im Maschinenbau ist Verunsicherung spürbar: Nach Angaben des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) sind die Auftragseingänge im November real um 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Viele der mittelständischen Unternehmen haben sich zudem bereits von Leiharbeitern getrennt. Der Kampf, wenigstens die Stammbelegschaften zu halten, ist in vollem Gange.

Auch dass im Sozial- und Dienstleistungsbereich nach Personal gesucht wird, ändert nichts an der Dramatik der Situation. Mit jedem Industriearbeitsplatz fällt ein Job weg, in dem deutlich besser als im Dienstleistungsbereich bezahlt wird: Das Jahresdurchschnittseinkommen in der Industrie lag 2018 bei 56 143 Euro brutto. In boomenden Dienstleistungsbereichen wie Verkehr und Lagerei, zu denen auch Amazon und DHL gehören, waren es gerade einmal 39 475 Euro. Durch den drohenden Wegfall von hunderttausenden Arbeitsplätzen würde sich die soziale Spaltung vertiefen und dies den gesellschaftlichen Frieden bedrohen.

Neue Formen von Industriegütern und eine Plattformökonomie haben bislang in die Wirtschaftsstruktur nicht integriert werden können – ein grober Fehler. So bleibt das Land zunächst weiter von seinen

7,4 Millionen Menschen arbeiteten laut Statistischem Bundesamt 2017 in Deutschland in der Industrie und im Baugewerbe noch 2,3 Millionen Menschen. Die Industrie-Unternehmen erwirtschafteten 2018 ein Viertel des Bruttosozialprodukts, das Baugewerbe weitere fünf Prozent. Sie sorgen für den volkswirtschaftlichen Wohlstand, der wiederum dafür sorgt, dass vom Finanzbeamten bis zum Ausdruckstänzer Millionen Menschen ein Einkommen haben. Die Industrie exportierte

Kernindustrien abhängig.

2018 Waren im Wert von 1 295 Milliarden Euro. Die Dienstleistungsbranche hingegen nur im Wert von 290,7 Milliarden Euro. Das sind gewaltige Unterschiede.

Die fatale Abhängigkeit Deutschlands von der Exportleistung weniger Branchen wie Maschinenbau und Automobilproduktion ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Politik und einer Mentalität vieler Bürger, die verhinderte, dass neue Technologien sich hierzulande in neue Wachstumsbranchen verwandeln konnten. Mit großer Skepsis wurde ab den 1980er Jahren die Digitalisierung betrachtet. Ob im Hard- oder Softwarebereich – von SAP abgesehen spielen deutsche Unternehmen international nicht in der ersten Liga. Gentechnik und Kernenergie wurden praktisch verboten. Wasserstoff war im Übrigen schon viel früher ein Thema – wurde aber nicht weiterverfolgt. Und selbst Aber-Milliarden von Strukturhilfen haben – etwa im Ruhrgebiet – nicht dazu geführt, zukunftsträchtige Branchen aufzubauen.

Natürlich hätte man sich ein deutsches Nokia und danach ein deutsches Apple vorstellen können. Handys etwa, die älteren Zeitgenossen werden sich erinnern, produzierte ja selbst Siemens einmal. Aber neue Formen von Industriegütern und eine Plattformökonomie haben bislang in die Wirtschaftsstruktur nicht integriert werden können – ein grober Fehler. So bleibt das Land zunächst weiter von seinen Kernindustrien abhängig – und das stärker denn je. Deutschland fehlt heute so etwas wie eine industriepolitische Globalsteuerung.

Deutschland fehlt heute so etwas wie eine industriepolitische Globalsteuerung.

Die volkswirtschaftspolitische Planlosigkeit zeigt sich aber auch in anderen Bereichen. Nach einer Umfrage der Industrie- und Handelskammer Siegen haben 91 Prozent ihrer Mitglieder das Vertrauen in die Energiepolitik der Bundesregierung verloren. Das hat nicht nur mit den vergleichsweise hohen deutschen Energiepreisen zu tun. Vor nichts haben Familienunternehmer aus Ostwestfalen-Lippe mittlerweile mehr Angst als vor Blackouts. Wenn die Produktion stillstehen würde, es wäre ein betriebswirtschaftliches Desaster. Davor haben sie sogar noch mehr Angst als vor der Erbschaftssteuer.

Aber im Rausch der neuen Industriefeindlichkeit im Land geht diese Energiesorge unter. Ein langer guter Konjunkturzyklus und Teile einer Jugend, die in ihrem Leben nur Wohlstand erlebt haben, tragen zu einer

Stimmung bei, die galant ignoriert, dass Wohlstand am Ende des Tages halt nicht vom Himmel fällt. Stattdessen dominieren Technik-Angst und politische Konzepte, die Deutschland endgültig zu einer postindustriellen Gesellschaft machen würden. Geld würde dann woanders in der Welt verdient.

Industriefeindliche Protestfreudigkeit, Ignoranz und Technikangst haben die Zukunftsaussichten der Bundesrepublik verdunkelt. Es gibt kaum zukunftssichere Industrien, die beim Schrumpfen der Klassiker Auto- und Maschinenbau den Wohlstand sichern können.

Fachkräfte von morgen fallen nicht vom Himmel. Und Spitzen-Forscher brauchen beste Rahmenbedingungen. Sonst forschen sie eben im Ausland weiter – und nicht bei uns.

Was also tun? Hier sind ein paar Ideen:

Mehr Geld für Technik-Forschung. Vor allem die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sollten massiv gefördert werden. Nun hat eine Analyse des *Handelsblatts* aber gerade auch ergeben, dass diese Einrichtungen ihr Geld jetzt schon nicht ausgegeben bekommen. Sie schieben 1,2 Milliarden Euro an Rücklagen vor sich her. Dennoch fordern die Ökonomen Sebastian Dullien vom gewerkschaftsnahen IMK-Institut und Michael Hüther vom arbeitgebernahen IW-Institut 109 Milliarden Euro zusätzlich in zehn Jahren für Bildung und Forschung. Sie argumentieren, dass nur langangelegte Pläne zu einem Aufbau in Bauwirtschaft und Verwaltung führen. Ein Land, dessen Bildungssystem im OECD-Schnitt unterfinanziert ist, muss jedenfalls begreifen, dass massive Investitionen erforderlich sind. Fachkräfte von morgen fallen nicht vom Himmel. Und Spitzen-Forscher brauchen beste Rahmenbedingungen. Sonst forschen sie eben im Ausland weiter – und nicht bei uns.

Einwanderung von klugen Köpfen: Schenkt den MINT-Spitzenkräften dieser Welt beispielsweise fünf Jahre ihre Einkommenssteuer, wenn sie dafür nach Deutschland kommen. Begrenzt dafür die Einwanderung über das Asyl-System stärker. Kanada macht hier den Weg für ein modernes Einwanderungssystem vor. Deutschland kann sich daran ein Vorbild nehmen.

Das Zukunftsthema Wasserstoff: Ingolstadt (wegen Audi) und München

(wegen BMW, deren Entwicklungschef gerade Wasserstoff-E-Mobilitätspläne bestätigt hat), müssen die Wasserstoffhauptstädte Europas werden. Der umtriebige bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger von den Freien Wählern hat Wasserstoff bereits als großes Thema für sich entdeckt und fördert es mit Herzblut. Das ist gut. Auf die große bundesdeutsche durchdachte und finanziell schlagkräftige Wasserstoffstrategie des Bundeswirtschaftsministers Peter Altmaier wartet man hingegen immer noch.

Orte, an denen Kinder und Jugendliche an Technik herangeführt werden, sind Mangelware. Aber Kinder, die Spaß an Technik haben, sind die Handwerker, Facharbeiter und Ingenieure von morgen. Es ist Zeit für Gründungen von „Jugendtechnikschulen“.

Was spräche dagegen, dass deutsche Autokonzerne ihre eigenen Auto-Start-Ups gründen, die auch unter eigenen Automarken firmieren, und welche ausschließlich Autos mit neuen Antrieben entwickeln? Jenseits von alten und langsamen Großkonzernstrukturen können hier vielleicht anfangs 500 junge Ingenieure und Informatiker neu denken. Die Konzerne „challengen“ sich also selbst. Man könnte sich als politische Unterstützung hier etwa vorstellen, dass diese Start-Ups zehn Jahrelang von der Steuer befreit werden. Sozusagen als Aufbauhilfe. Inwiefern diese steuerpolitische Sonderbehandlung möglich ist, muss der Gesetzgeber klären. Aber wo der Wille zu einem Gesetz ist, da ist auch ein Weg.

In Deutschland gibt es 929 Jugendmusikschulen. Orte, an denen Kinder und Jugendliche an Technik herangeführt werden, sind hingegen Mangelware. Aber Kinder, die Spaß an Technik haben, sind die Handwerker, Facharbeiter und Ingenieure von morgen oder entwickeln einfach nur ein Interesse an 3D-Druck, Schreinerei, Programmierung und Metallarbeiten. Kinder basteln und experimentieren gerne. Sie sollten die Gelegenheit haben, diese Interessen auszuleben. Es ist also Zeit für Gründungen von „Jugendtechnikschulen“.

Schließlich: Denkt über Entbürokratisierung und den Abbau von Klagemöglichkeiten bei der Infrastruktur nach.



Nils Heisterhagen
Mainz

Nils Heisterhagen ist Sozialdemokrat und Autor des Buches *Die liberale Illusion. Warum wir einen linken Realismus brauchen*.



Stefan Laurin

Stefan Laurin ist Publizist. Von ihm ist gerade erschienen: *Versemmelt. Das Ruhrgebiet ist am Ende*.

-